



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

12. Jahrgang, Nummer 06 / 2015

Liebe Leserinnen und Leser,



ein „Urlaubsfoto“ der besonderen Art erreichte uns aus dem Emsland (Niedersachsen). Noch dampft der Kühlturm des AKW Lingen 2. Das AKW soll uns noch bis 2022 bestrahlen. Das lehnen Anti-Atomkraftinitiativen und der BBU natürlich ab. Daher unser Aufruf an alle Initiativen und Verbände: Unterzeichnet die „Lingen-Resolution“ für die sofortige Stilllegung des AKW Lingen 2 und der Brennelementefabrik in Lingen. Mehr dazu unter

<http://www.bbu-online.de/AK%20Energie/Aktuelles%20AK%20Energie/Lingen-Resolution.pdf>.

Inzwischen haben weit über 100 Organisationen die Lingen-Resolution unterschrieben. Und mit eurer Hilfe können es noch viel mehr werden.

Sommergrüße von der BBU-Geschäftsstelle, von der BBU-Newsletter-Redaktion und vom BBU-Vorstand

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Bitte unterstützt die Aktivitäten des BBU mit kleinen und großen Spenden!!

Fracking, Atomtransporte, Chemieunfälle ... Zur erforderlichen Finanzierung unserer Arbeit bitten wir um solidarische Spenden. Jeder Euro hilft! Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 00 26 66. SWIFT-BIC: COLSDE33. Der BBU ist ergänzend zu den Mitgliedsbeiträgen auf weitere Spenden angewiesen. Spenden an den BBU sind steuerlich absetzbar.

Stop Fracking!

Aktuell bittet der BBU ganz gezielt um Spenden für sein Engagement gegen Fracking. Ausführliche Informationen dazu unter

<http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/BBU-Spendenaufruf%20Juli%202015.pdf>

Übrigens: Über „Spendenportal.de“ kann auch online für den BBU gespendet werden:

<https://www.spendenportal.de/geldspenden/projekt/11578>

2. Themenbereiche

Atomenergie

BBU fordert sofortige Stilllegung des AKW Temelin

Nach Radioaktivitätsfreisetzungen aus dem Atomkraftwerk Temelin hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die sofortige Stilllegung des tschechischen AKW gefordert. Zudem verlangt der BBU eine umfassende Aufklärung aller Fragen rund um den Störfall: Welchen Umfang hatte die Radioaktivitätsfreisetzung, dauert sie an und wie kam es dazu?

Der BBU mit Sitz in Bonn fordert bundesweit und international grundlegend die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und sonstiger Atomanlagen. „Auch in Tschechien gibt es keine Lösung für das Atommüllproblem und immer wieder wird deutlich, dass zum Schutz der Bevölkerung die beiden Reaktorblöcke des AKW Temelin sofort und dauerhaft stillgelegt werden müssen“, so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

In der Vergangenheit hatte der BBU auch gegen den Bau weiterer Reaktoren in Temelin protestiert. Der BBU ruft die Bevölkerung jetzt dazu auf, den Wunsch nach Stilllegung der beiden seit Jahren in Betrieb befindlichen Reaktoren

rblöcke in Temelin immer wieder zum Ausdruck zu bringen. Zur Vernetzung und zur Planung von weiteren Aktivitäten können sich engagierte Initiativen und Verbände, aber auch Privatpersonen, beim BBU melden,

bbu-bonn@t-online.de

BBU-Pressemitteilung vom 06.07.2015

Garching-Castoren sind nur die Spitze des Eisberges / Über 300 weitere Castoren sollen nach Ahaus

Die Anti-Atom-Initiativen im Münsterland weisen darauf hin, dass in den kommenden Jahren nicht nur 17 Castoren aus Garching in das sogenannte Zwischenlager Ahaus eingelagert werden sollen, sondern noch mit rund 300 weiteren Castoren gerechnet werden muss. Dabei handelt es sich um verschiedensten Atommüll in verschiedensten „Castor“-Behältern. Gegen die sinnlosen und gefährlichen Atommülltransporte kündigen die Initiativen massiven Widerstand an. Unterstützung erhalten sie u. a. von den Umweltverbänden BUND und BBU.

Zurzeit werden beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die Transport-Anträge für 17 Castoren aus Garching, für ca. 150 Castoren aus La Hague sowie für 152 Castoren aus Jülich bearbeitet. Diese sollen in den nächsten 10 Jahren im sogenannten Zwischenlager Ahaus eingelagert werden obwohl das Ahauser Lager nur eine Genehmigung bis in das Jahr 2036 hat.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 07.07.2015.

Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/07.07.15.pdf>

Nießbrauchrechte Gorleben bis 2035: BI vermutet taktisches Täuschungsmanöver

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI) kritisiert die geplante Verlängerung der Nießbrauchverträge bis zum Jahr 2035. Ihr Sprecher Wolfgang Ehmke resümiert: „Jetzt wird klar, der Neustart der Endlagersuche ist ein taktisches Manöver, um den Salzstock Gorleben am Ende eines ‚Auswahlverfahrens‘ als Atommüllendlager für hochradioaktive Abfälle zu präsentieren, vorzugsweise sogar durch Teilnahme der Kritiker an den Sitzungen der Endlagerkommission. Der Bund schafft dafür die rechtlichen Rahmenbedingungen.“

Auf Anfrage der BI erklärte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), dass neben der Verlängerung der sogenannten Veränderungssperre um weitere 10 Jahre auch die „Nießbrauchrechte“, der vertragliche Zugriff auf die Salzrechte von Grundstückseigentümern, verlängert werden sollen, obwohl die Erkundung in Gorleben laut Standortauswahlgesetz beendet ist.

Die BI hakte mehrfach nach, „und das Ergebnis hat uns elektrisiert“, sagte Ehmke. Denn die Verträge, die derzeit neu ausgehandelt werden, sollen eine Nutzungsdauer vom 1.1.2016 bis zum 31.12.2035 haben, erklärte jetzt das BfS. Das Bundesamt verweist auf die Notwendigkeit, das Bergwerk offen zu halten, wie es im Standortauswahlgesetz (StandAG) beschieden wurde.

Aus einer Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 07.06.2015.

Quelle und weitere Infos:

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=14379>, <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=14662>.

Die BI ist eine Mitgliedsorganisation des BBU. <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>.



BBU fordert sofortige Stilllegung des AKW Beznau (Schweiz)

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) mit Sitz in Bonn fordert die sofortige und endgültige Stilllegung der beiden Reaktorblöcke des Atomkraftwerk Beznau in der Schweiz. Das AKW liegt in der Nähe der Grenze zu Baden-Württemberg und ist nur etwa 50 Kilometer von Freiburg entfernt (Luftlinie). Die Entfernung zu Großstädten wie Stuttgart oder München beträgt auch nur etwa 150 bzw. 250 Kilometer. „Die Risiken für die Bevölkerung und für die Umwelt, die mit dem Betrieb des AKW Beznau verbunden sind, sind nicht hinnehmbar. Zudem wird auch im AKW Beznau Atommüll produziert, der die internationalen Atommüllberge anwachsen lässt“, so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Das AKW Beznau besteht aus zwei Reaktorblöcken; Block 1 ging 1969 in Betrieb, Block 2 im Jahr 1971. Damit ist Block 1 des AKW Beznau das älteste in Betrieb befindliche AKW der Welt. Block 1 des AKW Beznau ist derzeit wegen der Jahresrevision abgeschaltet. Dabei wurden vor wenigen Tagen bei Kontrollen Materialprobleme festgestellt und der Reaktorblock soll noch bis zum Herbst außer Betrieb bleiben. Im August wird zudem Reaktorblock 2 zur Jahresrevision abgeschaltet.

Für den BBU, der sich international für die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Atomanlagen einsetzt steht fest: Block 1 des AKW Beznau darf nicht wieder in Betrieb gehen und Block 2 muss sofort stillgelegt werden. Der BBU hat sich bereits in der Vergangenheit wiederholt gegen Nutzung der Atomenergie in der Schweiz ausgesprochen. So hat er sich auch gegen den Weiterbetrieb des AKW Mühleberg ausgesprochen, das auch schon länger als 40 Jahre in Betrieb ist.

<http://www.verbaende.com/news.php/Der-BBU-fordert-die-sofortige-Stilllegung-des-AKW-Muehleberg-Schweiz?m=82892>

Weitere Informationen über die Arbeit des BBU und der Anti-Atomkraft-Bewegung in der Schweiz unter <http://www.bbu-online.de> und z. B. unter <http://www.fokusantiatom.ch>.

BBU-Pressemitteilung vom 23.07.2015

Der BBU fordert ernst gemeinte Öffentlichkeitsbeteiligung bei atomrechtlichen Genehmigungsverfahren

Der BBU sieht in der rechtsverbindlichen Öffentlichkeitsbeteiligung bei atomrechtlichen Genehmigungsverfahren zum Rückbau von Atomkraftwerken und sonstigen Atomanlagen ein wichtiges Instrument, um mehr Transparenz und Sicherheit für die Vorhaben zu erreichen.

In Baden-Württemberg laufen aktuell die Genehmigungsverfahren für den Rückbau der Atomkraftwerke (AKW) in Neckarwestheim und Philippsburg. Für beide Standorte hat inzwischen die Öffentlichkeitsbeteiligung stattgefunden. Aus Sicht der Initiative AtomErbe Obrigheim (die Gruppe ist BBU-Mitglied) wurden die Möglichkeiten der Öffentlichkeitsbeteiligung von der Genehmigungsbehörde, dem baden-württembergischen Umweltministerium, nicht ausreichend genutzt. Dies zeigte sich bereits bei den veröffentlichten Unterlagen, die unvollständig und oberflächlich waren. „Dies veranlasste die Bürgerinitiativen um das AKW Neckarwestheim, den Erörterungstermin im Juni zu boykottieren, weil sie auf dieser Basis keine sinnvolle Behandlung ihrer Einwendungen erwarteten“, so BBU-Vorstandsmitglied Gertrud Patan.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 30.07.2015. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/30.07.15.pdf>

30. Jahrestag der Inbetriebnahme der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau (15. August 2015)

(UB) „Wir sagen niemals Ja zur UAA!“ Unter diesem Motto steht seit Jahrzehnten der Widerstand gegen die einzige UAA in der Bundesrepublik. Betrieben wird das „Uran-Monster“ vom Urenco-Konzern, der international tätig ist. Der deutsche Zweig ist jeweils zu 50% im Besitz von E.ON und RWE.

Seit dem 15. August 1985 wird in Gronau angereichertes Uran für Atomkraftwerke in aller Welt produziert – bisher ohne Laufzeitbegrenzung. Beim Betrieb der Anlage fällt Atom Müll an. Neben der Urananreicherungsanlage wurde eine Halle als „Zwischenlager“ für rund 60.000 Tonnen Uranoxid gebaut. Noch fehlt die Einlagerungsgenehmigung.

Wiederholt gab es in der UAA Gronau Störfälle und 2010 wurde erstmals ein Arbeiter in der Anlage verstrahlt. Es ist zu befürchten, dass der Anlagenbetrieb mit zunehmendem Alter der Anlage noch unsicherer wird. Weitere Gefahren gehen von den zahlreichen Urantransporten mit LKW und Sonderzügen von und zur Anreicherungsanlage aus. Und nach wie vor besteht die Gefahr, dass der Urenco-Konzern alle Anteile (auch von RWE und E.ON) meistbietend auf dem Weltmarkt verkauft. Damit droht die Weiterverbreitung der militärisch nutzbaren Zentrifugentechnik zur Urananreicherung.

Schon vor dem Bau der UAA und gleichzeitig mit dem Betrieb der UAA Gronau hat es ständig Proteste gegen die Anlage, gegen die Urantransporte und gegen den vorgeschalteten Uranabbau in Kanada, Afrika und anderswo gegeben. Auch Udo Lindenberg, ein gebürtiger Gronauer, hat sich mit dem Widerstand gegen die UAA solidarisiert. Immer wieder fanden und finden Demonstrationen und Blockaden statt. Und der Widerstand gegen die Anlage geht weiter. Zentrale Forderung: Die sofortige Aufhebung aller für die UAA erteilten Betriebsgenehmigungen! Ebenso wie die Uranfabriken in Hanau gestoppt werden konnten, kann es gelingen, die Gronauer Uranfabrik zu stoppen!

Anti-Atomkraft-Initiativen rufen für den „Geburtstag“ der Gronauer Uranfabrik zur Teilnahme an einer Protestaktion (Kundgebung mit Kulturbeiträgen) am 15. August 2015 in der Gronauer Innenstadt auf: 11 – 13 Uhr, Neustraße, vor der Antoniuskirche. Infos: AKU Gronau, 02562-23125.

Aufruf zu Aktionstagen gegen Urantransport - Tag X ab dem 12. September

(UB) Immer mehr Initiativen rufen zur Teilnahme an Protesten gegen Urantransporte auf. Speziell soll gegen den ersten Urantransport (per Bahn) von Hamburg nach Frankreich protestiert werden, der nach dem 12. September 2015 in Hamburg startet (bzw. starten will). Weitere Informationen dazu in den letzten beiden Ausgaben des BBU-Newsletter und ausführlich unter <http://www.urantransport.de/aktionstage.html#>. Auch der BBU lehnt Urantransporte ab und ruft zur Teilnahme an Aktionen bzw. zur Planung eigener Aktionen auf.

Atommüll-Tagungen

Am **19. September** tagt in Kassel die nächste bundesweite Atommüll-Konferenz der Anti-Atomkraft-Initiativen. Informationen unter http://ag-schacht-konrad.de/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=61&Itemid=273.

Am **23. Oktober** findet dann in Hannover das „Symposium Atommüllrecht“ statt, das mehrerer Anti-Atomkraft-Organisationen (darunter auch BBU-Mitglieder) veranstalten. Informationen dazu unter

http://ag-schacht-konrad.de/images/stories/Veranstaltungen/Atommuellrechtssymposium2015/flyer-Atommuellrechts-symposium_K6.pdf.

Bauteilbörsen

„Kleines Bauwerk“ in Gronau

In Gronau (Westfalen) wurde jetzt mit dem "Kleinen Bauwerk" ein Zeichen gesetzt. Ihm wurde der Arbeitstitel "IndustrieDesign Gronau" gegeben. Gebaut wurde es mit gebrauchten Bauteilen aus Gronauer Gebäuden, die Hauptkonstruktion stammt aus der (abgerissenen) Spinnerei Deutschland (gebaut 1894). Gefördert wurde das Projekt von der DBU (Deutsche Bundesstiftung Umwelt). Jetzt wird eine umfangreiche Dokumentation zur Idee, dem Studentenwettbewerb und vom "Wachsen und Werden" angefertigt.

Das Bauwerk steht in Gronau auf dem Kurt-Schumacher-Platz (Marktplatz), und beherbergt luftige Sitzgelegenheiten und eine kleine Bibliothek mit dem Ansatz "Bring ein Buch - nimm ein Buch".

Das Bauwerk in Gronau kann als Anregung für Projekte in anderen Städten dienen. Es verdeutlicht, dass "alte" Baumaterialien einen ökologischen Neuwert haben und zum Wegwerfen zu schade sind. Somit ist das "Kleine Bauwerk" in Gronau auch ein guter Werbeträger für Bauteilbörsen.

Weitere Informationen unter <http://www.bauteilboerse-gronau.de/aktuelles.html>, <http://www.bauteilnetz.de>.

Fracking

BBU: Wichtiger Etappensieg für Fracking-Gegner in den Niederlanden – Jetzt muss auch die deutsche Bundesregierung Konsequenzen ziehen*

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßt das fünfjährige Moratorium für kommerzielles Fracking in den Niederlanden. Damit zeigt sich, dass der Widerstand der Bevölkerung und der Umweltverbände in den Niederlanden und der deutsch-niederländischen Grenzregion Wirkung erzielt hat. Zu diesem Widerstand hatte auch der BBU beigetragen. Mit befreundeten Bürgerinitiativen hatte er im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung zur Schiefergasgewinnung in den Niederlanden mehrere Tausend Unterschriften gesammelt. Diese wurden im Juli 2014 den Niederlanden übergeben. Die deutsche Bundesregierung fordert der BBU auf, Konsequenzen aus der Entscheidung der niederländischen Regierung zu ziehen, und auf die Pläne zur Verabschiedung eines Pro-Fracking-Rechts zu verzichten.*



Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Es zeigt sich, dass der Widerstand gegen Fracking erfolgreich ist. Das ist ein gutes Signal für die weltweite Anti-Fracking-Bewegung. Aber nun muss die niederländische Regierung Nägel mit Köpfen machen und Fracking endgültig stoppen. Die für Ende des Jahres angekündigte Kabinettsentscheidung kann nur einen Inhalt haben: Fracking ist keine Option für die Niederlande.“

Die Bundesregierung fordert der BBU auf, ihr ins Stocken geratene Pro-Fracking-Recht endgültig in der Schublade verschwinden zu lassen. Oliver Kalusch führt aus: „Fracking hat europaweit keine Akzeptanz. Frankreich verbietet die Erdgasförderung mit dieser Methode. Flandern erlässt ein 10-Jahres-Moratorium. In Spanien kämpfen Regionalregierungen gegen das gefährliche Gasbohren. Jetzt verhängen die Niederlande einen Fünf-Jahres-Stopp für kommerzielles Fracking. Und in Deutschland sind über 60% der Bevölkerung für ein Fracking-Verbot. Die Bundesregierung darf sich nicht weiter gegen den Willen der Bevölkerung stellen und eine europaweit bekämpfte Technik etablieren. Sie ist vielmehr gefordert, einen Gesetzentwurf für ein ausnahmsloses Fracking-Verbot vorzulegen.“ Weitere Hintergrundinformationen:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/09.07.14.pdf>

BBU-Pressemitteilung vom 15.07.2015

Bodenuntersuchungen an Erdgasförderplätzen: Kritik an Wirtschaftsminister Lies

Auf scharfe Kritik stößt die Stellungnahme von Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) zu Bodenuntersuchungen an Erdgasförderplätzen bei der AG gegen Fracking der BI (siehe EJZ 28.7.2015). Wenn Wirtschaftsminister Lies wie angekündigt das „Vertrauen der Bevölkerung durch konsequentes und transparentes Handeln gewinnen“ will, sei der erste Schritt, Untersuchungen in Lüchow-Dannenberg nicht auszuklammern, sondern endlich konsequent und transparent auch mit dem Thema giftige Altlasten umzugehen.

Aus einer Pressemitteilung der Fracking AG der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Vollständiger Text unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=14719>.

Gemeinnützigkeit von Organisationen und Verbänden

Gemeinnützigkeit sichern

„Zivilgesellschaft ist gemeinnützig – doch Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich regelmäßig politisch äußern, sind ständig der Gefahr ausgesetzt, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Das wollen wir ändern und Rechtssicherheit schaffen durch gesetzliche Klarstellungen. Die Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ ist ein Zusammenschluss von Organisationen.

Das langfristige Ziel der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ ist ein modernes Gemeinnützigkeitsrecht. Kurzfristig wollen wir eine Änderung der Abgabenordnung erreichen, um einerseits klarzustellen, dass gemeinnützige Organisationen zur Erreichung ihrer Zwecke selbstverständlich Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen dürfen; und um andererseits zusätzliche Zwecke aufzunehmen, da die bisherigen Zwecke das Spektrum zivilgesellschaftlicher Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit nicht abdecken. Im Gesetz fehlen wichtige und allgemein anerkannte gemeinnützige Zwecke.“

Quelle und weitere Informationen:

<http://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de>.

Der BBU begrüßt und unterstützt die Arbeit der Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung".

Gewässerschutz

Neuer Rundbrief des VSR-Gewässerschutz

Eine neue Ausgabe der VSR-Gewässerschutz-News (Nr. 2/2015) ist erschienen. Über den folgenden Link <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/Gewaesserschutz-News+2.+2015.pdf> können die News von der VSR-Homepage als pdf heruntergeladen werden.

Themen u. a.: Hohe Nitratkonzentration im Grundwasser und die Notwendigkeit der Regenwasserversickerung.

Weitere Informationen der BBU-Mitgliedsorganisation VSR-Gewässerschutz unter

<http://www.vsr-gewaesserschutz.de>.

Klimaschutz- und Kohlepolitik

Im August finden bundesweit mehrer Camps und Aktionen gegen den weiteren Kohleabbau statt. Der BBU hat bereits im Vorfeld seine Solidarität bekundet und weist an dieser Stelle nachdrücklich auf die Aktivitäten hin:



05. – 09. August: Lausitzer Klima- und Energiecamp

Energiedemokratie bedeutet, sicherzustellen, dass jeder Zugang zu genug Energie hat und dass Entscheidungen, die unser aller Leben prägen, gemeinsam und ohne Profitzwang getroffen werden können. Wir sind Teil der Bewegung für eine radikale Wende im Klimaschutz, für Postwachstum und gegen fossile Energieerzeugung. Wir sind solidarisch mit der Anti-Atom-Bewegung, Anti-CCS-Initiativen und weiteren Klima-, Umwelt- und Globalisierungsbewegten. Gegen (Ohn-)Macht von „Oben“ hilft nur Druck von „Unten“.

Aus dem Aufruf zur Teilnahme am Lausitzer Klima- und Energiecamp. Quelle und weitere Infos: <https://www.lausitzcamp.info>

07. – 17. August: Klimacamp im Rheinland

Das rheinische Braunkohlerevier mit seinen fünf dreieckigen Kraftwerken und drei Tagebauen ist die größte Emissionsquelle Europas. Hier können wir das Übel an der Wurzel packen: hier können wir Kohleabbau stoppen! Nimm teil an den Aktionstagen von Ende Gelände (14. – 16.08.2015)

Aus dem Aufruf zur Teilnahme am Klimacamp im Rheinland, Quelle und weitere Infos:

<http://www.klimacamp-im-rheinland.de>

14. – 16. August: Ende Gelände – Aktionstage gegen Braunkohleabbau; Kohlebagger stoppen. Klima schützen.

In diesem Jahr stehen die Zeichen für den Kohleausstieg günstig wie nie. Auf unseren Druck hin arbeitet die Bundesregierung an einem Kohleausstiegs-Gesetz und die Landesregierung von NRW entscheidet über eine Reduzierung der geplanten Tagebauflächen. Klimaschutz ist Handarbeit, jetzt gilt es aktiv zu werden - denn ein richtiger Kohleausstieg ist längst überfällig!

Aus dem Aufruf zur Teilnahme an den Aktionstagen. Weitere Infos unter

<https://ende-gelände.org/de/aktion>, https://ende-gelände.org/de/soli_erklaerung

Naturschutz

Rettet das Europäische Naturschutzrecht – Jetzt gegen die Pläne der EU-Kommission unterschreiben!

(UB) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hatte ebenso wie viele andere europäische Naturschutzorganisationen dazu aufgerufen, gegen die Pläne der Europäischen Kommission zur Änderung des Naturschutzrechts in ganz Europa die Stimme zu erheben.

Unter dem Deckmantel eines „Fitness Checks“ der wichtigen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie sollen deren Anforderungen zugunsten der Interessen von Unternehmen und der Agrarindustrie reduziert werden. Dagegen haben Umweltverbände wie das Europäische Umweltbüro (EEB), dem auch der BBU angehört, eine europaweite Unterschriftenkampagne gestartet, Letztlich haben mehr als 500.000 Menschen die Aktion unterstützt.

Grundlage der Unterschriftenaktion war eine Konsultation der Europäischen Kommission, Darauf haben Umweltorganisationen in Europa reagiert. Auf der Website <https://www.naturealert.eu/de> konnte man mit wenigen Klicks eine Stimme für den Naturschutz abgeben. Auf der Website wurde erläutert: „Unsere kostbare Natur wird durch wichtige europäische Gesetze geschützt. Tiere, Pflanzen und einmalige Naturgebiete sind auf diese Regelwerke angewiesen. Leider erwägt die Europäische Kommission zurzeit, diese Gesetze auszuhöhlen und damit die Fortschritte jahrelanger Naturschutzanstrengungen zu zerstören.“

Der BBU appellierte an die Öffentlichkeit, etwas für das Überleben von Millionen von Zugvögeln, Fledermäusen, Robben und Schmetterlingen tun und mit zu helfen, zigtausende Naturschutzgebiete in der ganzen EU vor der Zerstörung

zu bewahren. EU-Kommissionspräsident Juncker soll seinen Plan aufgeben und die EU-Naturschutzbestimmungen NICHT antasten.

Weiterhin ruft der BBU interessierte Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Mitarbeit in Umweltschutz-Bürgerinitiativen oder zur Mitgliedschaft im BBU auf. Gemeinsam kann viel für den Natur- und Umweltschutz erreicht werden.

Quellen und weitere Informationen: <http://www.eeb.org/>, <https://www.naturealert.eu/de>, <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/14.07.15.pdf>

Veranstaltungen im Bereich der Bergischen Heideterrasse

„Der Naturraum Bergische Heideterrasse ist ein 2-3 km breites und etwa 50 km langes Landschaftsband zwischen der Ruhr im Norden und der Sieg im Süden. Er erstreckt sich weitgehend auf der bis zu 1 Mio. Jahre alten rechtsrheinischen Mittelterrasse. Die sandigen und kiesigen Ablagerungen des Stroms, aber auch Flugsande und tertiäre Tone prägen meist nährstoffarme und saure Böden, die wiederum einer spezialisierten und heute besonders gefährdeten Flora und Fauna Lebensraum bieten. So stellt die Heideterrasse den wahrscheinlich artenreichsten Gebietskomplex Nordrhein-Westfalens dar.“

Quelle: http://www.heideterrasse.net/bergische_heideterrasse.php

Im Bereich der Bergischen Heideterrasse werden auch in der sogenannten „Sommerpause“ viele spannende naturkundliche Exkursionen und Veranstaltungen angeboten. Ausführliche Termininformationen dazu unter http://www.heideterrasse.net/bergische_heideterrasse.php.

Das Bündnis Heideterrasse und der BBU sind Mitglieder auf Gegenseitigkeit.

Verkehrspolitik

Grube bestätigt Ziel „TEIL-Privatisierung“ DB AG – Warnung von Bahn für Alle vor Investoreneinstieg durch die Hintertür schlägt Wellen

Bei der gestrigen Sitzung des DB-Aufsichtsrates scheiterten Bahnchef Grube und Finanzvorstand Lutz vorläufig mit dem Vorhaben, private Investoren über eine Beteiligung an DB Arriva und DB Schenker Logistics in das Unternehmen zu holen. Der Vorstand soll nun ein Konzept für den Konzernumbau für die Sitzung des Aufsichtsrates am 16. Dezember vorlegen. Außerdem muss er den Verkehrsausschuss des Bundestages – derzeit in der parlamentarischen Sommerpause - informieren.

Das Bündnis Bahn für Alle hatte im Vorfeld der Aufsichtsratssitzung vor einem „Investoreneinstieg durch die Hintertür“ gewarnt. „Es war notwendig, kräftig auf die Tonne zu hauen“, sagt Monika Lege, Verkehrsreferentin der Umweltorganisation Robin Wood und Mitgründerin von Bündnis Bahn für Alle. „Die neue Zuordnung der beiden internationalen Logistiktöchter Arriva und Schenker Logistics zu Finanzvorstand Lutz und Gerüchte über einen geplanten prozentualen Verkauf an Dritte haben sich bewahrheitet.“

In einem Bahn für Alle vorliegendem Brief an die MitarbeiterInnen ebenfalls von gestern wird Grube deutlicher: Der Aufsichtsrat habe die „Schaffung von Teilprivatisierungsoptionen für DB Arriva und DB Schenker Logistics“ gebilligt. Der „Börsengang“ sei „zwar erstmal vom Tisch, nicht aber eine Teilprivatisierung, um frisches Kapital von außen in das Unternehmen zu holen“. Und weiter: „Wichtig: Wir reden von einer Teil-Privatisierung (sic) und der Hereinnahme von Minderheiten, nicht von einem vollständigen Verkauf.“

„Um frisches Geld für die Eisenbahn in Deutschland reinzuholen, könnte die DB einfach ihre Busse, Laster, Flugzeuge und Schiffe auf der ganzen Welt verkaufen und das Geld in den inländischen Schienenverkehr stecken“, so Lege. „Aber Grube will ausdrücklich über Arriva und Schenker Logistics den hundertprozentigen Bundesbesitz der DB-Aktien aufbrechen und Teile des Konzerns privatisieren.“

Angebote hat der DB-Vorstand offensichtlich auch schon eingeholt. „Finanzvorstand Lutz tat schon 2011 in der Börzenzeitung kund, Fonds in Tokio, in Peking, Hongkong und Singapur mit einer Roadshow zu besuchen“, sagt Bahnexperte Winfried Wolf für Bahn für Alle. „Trotz des gescheiterten Börsenganges 2008 hat das Bahnmanagement anscheinend die politische Rückendeckung der Bundesregierung für eine materielle Privatisierung der DB.“ Alternativer Geschäftsbericht Deutsche Bahn AG 2014 vom Bündnis Bahn für Alle

<http://www.bahn-fuer-alle.de/media/docs/2015/Alternativer%20Geschaeftsbericht%20der%20DB%20AG%202014.pdf>

Mehr Infos:

www.bahn-fuer-alle.de

Pressemitteilung des Bündnis „Bahn für Alle“ vom 28.07.2015. Der BBU gehört dem Bündnis an.

3. Termine

Umfangreiche Terminhinweise unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 06 / 2015, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 09.08.2015. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.